

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Alfred Emmerlich MdB,
Stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-Bundes-
tagsfraktion, zur verän-
derten Haltung der FDP
zum Scheidungsfolgenrecht:
Kapitulation auf Raten?
Seite 1

Dr. Volker Hauff MdB,
Stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-Bundes-
tagsfraktion und Vorsit-
zender des Arbeitsbereichs
"Umweltschutz", kommen-
tiert den Rückzieher des
Bundesinnenministers in
der Frage des bleifreien
Benzins: Zimmermanns Of-
fenbarungseid.
Seite 4

Rudolf Hartung, Bundesvor-
sitzender der Jungsozia-
listen, fordert deutsch-
deutsche Friedensinitiati-
ven: Tun wir den ersten
Schritt! Seite 5

Dr. Werner Holtfort MdL,
Bundesvorsitzender des
Republikanischen Anwalts-
vereins, verurteilt die
niedersächsische Asylpoli-
tik: Manche wählen den
Freitod. Seite 7

39. Jahrgang / 9

12. Januar 1984

Kapitulation auf Raten?

Auch im Scheidungsfolgenrecht gibt die FDP liberale
Grundsätze auf

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Zu den selbst gesteckten Zielen der konservativ-liberalen
Koalition im Bereich der Rechtspolitik gehörte auch, für
mehr "Einzelfallgerechtigkeit" im Scheidungsfolgenrecht
zu sorgen. In den Koalitionsvereinbarungen hieß es dazu,
man wolle "Mißbräuche bei der Geltendmachung von Ansprü-
chen beseitigen" und "die Ursachen für die Zerrüttung der
Ehe mitberücksichtigen".

In der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 las sich die
entsprechende Passage so: "Im Scheidungsfolgenrecht brau-
chen wir mehr Gerechtigkeit im Einzelfall. Wir werden das
Recht des Versorgungsausgleichs weiter verbessern und
dabei Ursachen für die Zerrüttung der Ehe mit berücksich-
tigen."

So verschwommen beide Aussagen waren, sie ließen schon da-
mals deutliche Widersprüche erkennen: Sollten die Ursachen
für die Zerrüttung der Ehe nur im Versorgungsausgleich be-
rücksichtigt werden - wie die Regierungserklärung vermuten
ließ - oder bezog sich die Einführung von Schuld elementen
auf das gesamte Scheidungsfolgenrecht, also auch das Unter-
haltsrecht - wie die Koalitionsvereinbarungen nahelegten?

Die Unsicherheit und Verwirrung über den Kurs der Regierung
war groß und wurde auch durch die Rede von Bundesjustizmi-
nister Engelhard vor dem 5. Deutschen Familiengerichtstag
im Oktober 1983 in Brühl nicht beseitigt. Zwar betonte der
Minister, der Bruch des Gesetzgebers mit der traditionel-
len Vorstellung von Schuld und Sühne im Unterhaltsrecht
werde auch heute noch von allen politischen Parteien ge-

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Kein Geld für Druck
mit einem Kolonial-
Rechtskapitel



tragen, gleichzeitig verwies er aber auf die Koalitionsvereinbarungen und die dort angekündigte Berücksichtigung von Zerrüttungsursachen im Scheidungsfolgenrecht. Es folgte der Hinweis auf die Bedeutung des "ehelichen Fehlverhaltens" in der Rechtsprechung. Einzelheiten wollte Engelhard wegen der über diese Problematik noch stattfindenden Koalitionsgespräche nicht nennen. Es handele sich um einen "politisch schwierigen Entscheidungsprozeß".

Die "Zeit"-Journalistin Eva Marie von Münch qualifizierte diese Äußerungen zu Recht als "nebelhafte Erwägungen" und zog das Fazit: "Am Ende waren die versammelten Familienrichter nicht viel schlauer als vorher."

Bis heute hat sich dieser Nebel über die Absichten der Koalition im Scheidungsfolgenrecht nicht gelichtet. Im Gegenteil, CDU/CSU und FDP sind sich offenbar nach wie vor uneins über die konkrete Ausfüllung der Koalitionsvereinbarungen in diesem Punkt. Friedrich Karl Fromme, von der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und für gewöhnlich gut informiert über die Interna des Bundesjustizministeriums, schreibt in seinem Leitartikel vom 9. Januar 1984, es zeichneten sich im Unterhaltsrecht "harte Auseinandersetzungen" zwischen den Koalitionspartnern ab.

Nach seiner Darstellung dringt die CDU/CSU auf eine Regelung, wonach der Unterhaltsanspruch des geschiedenen Ehegatten immer dann entfallen soll, wenn dieser während der Ehe seine Verpflichtungen gegenüber dem anderen Ehegatten in grober Weise vernachlässigt oder nach der Scheidung auf gewichtige Interessen des anderen nicht die gebotene Rücksicht genommen habe. Die FDP will dagegen an dem bisherigen Katalog für den Ausschluß der Unterhaltsansprüche (kurze Ehedauer, Verbrechen oder Vergehen des einen Ehegatten gegenüber dem anderen, mutwilliges Herbeiführen der Bedürftigkeit) festhalten, die Generalklausel des "gleich schwer wiegenden Grundes" jedoch dahingehend präzisieren, daß ein einseitiges, schwerwiegendes Fehlverhalten zum Unterhaltsausschluß führt. Der Unterhaltsanspruch bei Pflege und Erziehung eines Kindes soll grundsätzlich aufrecht erhalten bleiben.



Man mag diese Differenzen für nur graduell halten: Die CDU/CSU will die Wiedereinführung des Schuldprinzips im Unterhaltsrecht in stärkerem Maße als die FDP - über die Durchbrechung des Zerrüttungs- und Bedürftigkeitsprinzips sind sich beide Seiten einig. Dennoch würden die unterschiedlichen Auswirkungen im Einzelfall gravierend sein, zum Beispiel wenn nach den Vorstellungen der CDU/CSU dem "schuldigen" Elternteil, auch wenn er ein Kind zu versorgen hat, jeglicher Unterhalt versagt werden soll.

Es rächt sich jetzt, daß die Koalitionsverhandlungen auch im Familienrecht zum großen Teil im Ausklammern von Problemen und unterschiedlichen Positionen bestanden. So muß man heute nachbessern und gerät allmählich in eine unhaltbare Situation: Der koalitionsinterne Streit über Einzelheiten des Unterhaltsrechts baut hohe Erwartungen auf der einen, entsprechende Ängste auf der anderen Seite auf, schafft also eine unerträgliche Rechtsunsicherheit auf allen Seiten, blockiert die zügige Verabschiedung von anderen Regelungen, die das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgetragen hat und führt dazu, daß das Scheidungsrecht ständig im Gerede und im Zwielficht bleibt.

Der gegenwärtige Zustand der Koalition und die bisherigen Erfahrungen mit der "Standfestigkeit" des FDP-Ministers Engelhard gegenüber den restaurativen rechtspolitischen Vorstellungen der CDU/CSU lassen darüber hinaus befürchten, daß - wie auch auf anderen Feldern der Rechtspolitik, zum Beispiel beim Demonstrationsstrafrecht, der Neonazigesetzgebung, dem Recht der Kriegsdienstverweigerer oder der Juristenausbildung - die FDP wiederum nicht fähig sein wird, sich gegen CSU/CDU zu behaupten. Es wird sich auch hier die Prognose von Jürgen Schmude bewahrheiten, der schon im September 1982 vorhersagte: "Die FDP wird an einer Stufenbeerdigung ihrer eigenen Innen- und Rechtspolitik teilnehmen." (-/12.1.1984/ks/rs)

+ + +



Zimmermanns Offenbarungseid

Der Bundesinnenminister läutet den Rückzug bei der Abgasentgiftung der Autos ein

Von Dr. Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzender des Arbeitsbereichs "Umweltschutz"

Zimmermann hat gestern seinen Offenbarungseid in Sachen bleifreies Benzin abgegeben. Erst starke Worte, dann schwache Taten!

Die Forderung der SPD nach einer Abgasentgiftung der Autos auch im nationalen Alleingang, der sich der Innenminister im Sommer 1983 überraschend angeschlossen hatte, wird jetzt aufgegeben. Stattdessen werden in allgemeinen Worten Steuererleichterungen angekündigt. Das reicht aber nicht aus. Zimmermann läutet damit den klaren Rückzug von einer wirksamen Verminderung der Autoabgase ab Anfang 1986 ein.

Die starken Worte des Herrn Zimmermann erweisen sich schon bei kleinen Widerständen als reine Makulatur.

Wessen Interesse vertritt dieser Minister eigentlich? Die des deutschen Waldes oder die ausländischer Konzerne?

Der Termin 1. Januar 1986 wird für die Einführung bleifreien Benzins und scharfer Abgasgrenzwerte mit jedem Tag mehr zur Fiktion und einem umweltpolitischen Propagandaschwindel, an dem der Innenminister zu folgenden Punkten keine klaren Entscheidungen trifft:

- Änderung der Straßenverkehrszulassungsordnung mit klaren technischen Angaben für eine Verringerung der Abgase,
- Festlegung in der Frage der steuerlichen Erleichterung bei der Mineralölsteuer und der Kfz-Steuer,
- Verabschiedung eines Konzepts für Abgaskontrollen.

Wir fordern Herrn Zimmermann auf, endlich den rechtlich einzig gangbaren Weg zu gehen: Unter Berufung auf den Schutz der Gesundheit die Abgase von Autos notfalls im nationalen Alleingang ab dem 1. Januar 1986 auf ein Maß zu verringern, das heute bereits in den USA und Japan vorgeschrieben ist. Das kann die Bundesregierung tun. So muß sie aber auch entscheiden; sonst sterben unsere Wälder. Und wo der Wald stirbt, stirbt der Mensch.
(-/12.1.1984/ks/rs)

+ + +



Tun wir den ersten Schritt!

Deutsch-deutsche Friedensinitiativen gegen die Erstarrung

Von Rudolf Hartung

Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Möglichkeiten einer mittelfristigen europäischen Friedenspolitik waren ein Thema der Gespräche, die wir vor einigen Tagen in der DDR geführt haben.

Die Erstarrung, in die die Abrüstungsdiskussion seit Reagans Regierungsantritt gekommen ist, muß im Interesse des Überlebens von Hunderten von Millionen Europäern, ja der Menschheit überwunden werden.

Schlüsselproblem ist und bleibt die Frage, wie die beiden großen Militärblöcke und die USA und die Sowjetunion die Beziehungen untereinander gestalten.

Streicht man die öffentlichen Erklärungen ab, dann verwirklichen die USA zur Zeit das gigantischste Rüstungsprogramm seit Christi Geburt; und die Sowjetunion macht Vorschläge zu vertrauensbildenden Maßnahmen und Abrüstungsvorschläge; die Stationierung der ersten Pershing II Raketen und cruise missiles wird mit der Stationierung von etwa 1.000 Kilometer weit reichenden sowjetischen Raketen in der DDR und der CSSR beantwortet, mit denen man die neuen amerikanischen Raketen auf ihren Stützpunkten in Westeuropa in drei Minuten am Boden zerstören kann. Zur Automatisierung des möglichen atomaren Schlagabtauschs ist es nur noch ein Schritt.

Die Mittelstreckenraketenverhandlungen in Genf sind kaputt, daran ändern auch öffentliche Gesundheitsaktionen der Regierung Kohl nichts mehr. Sicher wird es irgendwann wieder Verhandlungen über alle strategischen Waffen geben, doch es gibt keine Anhaltspunkte, daß der propagandistische Zweckoptimismus der Bundesregierung irgendwo mit Realität zu tun hätte.

Warten auf die Stockholmer Konferenz als Perspektive?

Sicher wird in Stockholm deutlich werden, daß der Vorschlag von Willy Brandt zum Einfrieren der atomaren Rüstung, daß die Denkmodelle von Egon Bahr und den anderen Mitgliedern der Palme-Kommission international viele Befürworter haben - in westeuropäischen, aber auch in osteuropäischen Staaten.

Nur die fundierte Provinzialität des Bundeskanzlers garantiert, daß die Bundesregierung solche vorwärtsweisenden Initiativen nicht aufgreift, ja es ist nicht einmal sicher, daß man sich im Palais Schaumburg überhaupt hinreichend damit befaßt hat.



Warten auf Stockholm reicht nicht; dies zeigt ein Beispiel der letzten Tage: Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben mit ihrem Eingehen auf Vorstellungen eines chemiewaffenfreien Eurpas auch Überlegungen der Abrüstungskommission des schwedischen Ministerpräsidenten Palme aufgegriffen.

Doch die Reaktion im Westen war fast Ritual: Die NATO äußert sich skeptisch, aus dem Pentagon hört man "no". Und in der Regierung Kohl hat man gelernt, den USA nicht zu widersprechen, es sei denn es geht ums Geschäft.

Hier besteht Handlungsbedarf der Bundesregierung: 10.000 Tonnen Giftgas haben die US-Truppen in der Bundesrepublik gelagert. Tatsächlich eingesetzt, bedeuten diese schrecklichen Waffen nichts anderes, als Auschwitz in ganz Zentraleuropa zu wiederholen.

Für unseren Vorschlag, in Ergänzung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ein Abkommen zu schließen, in dem beide deutsche Staaten sich verpflichten, auf ihrem Territorium keine chemischen Waffen zu lagern, haben wir aufmerksame Zuhörer gehabt.

Die beiden deutschen Staaten als der Kern einer vertraglich vereinbarten chemiewaffenfreien Zone? Es gibt nichts, was im Überlebensinteresse der Menschen dagegen spricht.

Übrigens spricht auch nichts dagegen, daß die Bundesregierung so handelt, wie alle skandinavischen und Benelux-Länder, die Mitgliedsstaaten der NATO sind, die praktisch die Interessen ihrer Völker vertreten haben.

Sie haben sich bei den Amerikanern verbeten, Abschlußrampe für einen Giftgas-Holocaust zu werden.

Schon die Achtung vor den Opfern deutscher Geschichte sollte für uns Anlaß sein, mit einer Friedensinitiative beider deutscher Staaten aus ihrer Verantwortungsgemeinschaft zumindest bei völkermordendem Giftgas die Abrüstungsdebatte aus ritualisierter Erstarrung zu lösen.

Tun wir den ersten Schritt.

(-/12.1.1984/ks/rs)

+ + +



Manche ziehen den Freitod vor...

Die Asylverhinderungspolitik in Niedersachsen schlägt der Humanität ins Gesicht

Von Dr. Werner Holtfort MdL

Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins

Während politische Verfolgung durch Mord und Folter in vielen Staaten bestürzend zunimmt, rühmt sich die niedersächsische Landesregierung der neueren Asylverhinderungspraxis. "Wir sind auf dem richtigen Weg", pries Minister Wilfried Hasselmann den erneuten Rückgang Asylsuchender um mehr als ein Drittel im vergangenen Jahr. Der "richtige Weg": Wenn es gelingt, seinem Verfolgerstaat hierher zu entkommen, muß gegenwärtig sein, gleich in Abschiebehaft genommen oder gar wegen "unrechtmäßiger Einreise" bestraft zu werden - unter Verstoß gegen Artikel 31 der Genfer Konvention über die Rechtsstellung von Flüchtlingen, günstigenfalls landet er im Flüchtlingslager, wo der Aufenthalt nach Feststellung des UN-Flüchtlingskommissars alles andere als anziehend ist.

Kommt der Asylsuchende aus einem Folterregime wie etwa der Türkei, welches aus ideologischen oder militärisch-strategischen Gründen zur "freien Welt" gerechnet wird, so ist es wahrscheinlich, daß ihn die deutschen Behörden dem Verfolgerstaat wieder überantworten. Wird man seiner nicht gleich habhaft, wie im Falle des Kurden Naif Tokul, so erleiden jedenfalls Frau und Kinder dieses ungewisse Schicksal. Manche ziehen den Freitod vor.

Vor allem Angehörige ethnischer, religiöser oder politischer Minderheiten aus der Türkei müssen deshalb damit rechnen, ihre Lage noch zu verschlimmern. Wenn sie vorübergehend ihren Peinigern in die Bundesrepublik entkommen und hier Asyl beantragen. Ihnen ist zu raten, in einem humaneren Land, etwa Frankreich, Schutz vor Verfolgung zu suchen.

Die Asylverhinderungspolitik, die Hasselmann lobt, mag bei der verbreiteten Ausländerfeindlichkeit wählerwirksam sein. Sie schlägt aber der Humanität, der Menschenrechtskonvention und sogar unserer eigenen Verfassung ins Gesicht, die uns verpflichtet, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren.

(-/12.1.984/ks/rs)

+ + +

